

BLICK INS EUROPÄISCHE PARLAMENT

AUSGABE - FEBRUAR 2026



**Infobroschüre von Pascal Arimont,
Mitglied der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.**

 **evp**
fraktion
im europäischen parlament

 **CSP**
ES GEHT UMS WESENTLICHE

WOHLSTAND UND FRIEDEN SICHERN

WELCHEN BEITRAG DIE EU LEISTEN KANN UND MUSS

**Liebe Leserinnen
und Leser,**

Die Welt steht nicht still. Dies erfahren wir fast jeden Tag. Einige Entwicklungen sind durchaus positiv, andere definitiv nicht. Die Bedingungen, die unseren Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Umwelt, unsere Arbeitswelt oder auch unsere Kommunikation lange Jahre bestimmt haben, verändern sich rasant schnell.

Dies trifft auch und vor allem auf geopolitische Fragen zu. Denn die Welt da draußen wird rauer. Statt gemeinsam erarbeiteter Regeln arbeitet man mit sogenannten „Deals“ – was kein anderes Wort für „Verhandlungen auf Basis des Rechts des Stärkeren“ ist und nicht mehr der „Stärke des Rechts“.

Wer Schwäche zeigt, ist erpressbar. Unser Kontinent hat viele Stärken. Unsere Art, in Frieden, Freiheit und mit garantierten Grundrechten leben zu dürfen, hat unsere Gesellschaft tief geprägt. Wir haben aber auch Schwächen: Wir sind ein Kontinent mit wenig eigenen Rohstoffen und sind in der Frage der militärischen Sicherheit auf Partner angewiesen.

Wenn wir unsere Art zu leben, auch für künftige Generationen bewahren möchten, müssen wir schnellstmöglich eigene Stärken entwickeln oder ausbauen, unabhängiger werden und den politischen, aber auch gesellschaftlichen Mut haben,

uns an die neue Situation in der Welt anzupassen. Die Grundfrage ist: Werden wir global eher Gestalter oder Getriebene sein? Wenn wir Wohlstand und Frieden auf dem Kontinent sichern wollen, kann und muss die EU eine wichtige(re) Rolle spielen.

Die Art, wie wir behandelt werden, ist darauf zurückzuführen, wie wir uns behandeln lassen! Ein starkes Europa ist vor diesem Hintergrund keine Floskel, sondern eine Überlebensfrage.

Konkret geht es um die Stärkung unserer wirtschaftlichen Basis als Garant für sichere Arbeitsplätze, um eine robustere Sicherheits- und Energiepolitik und um mehr strategische Autonomie in Schlüsselbereichen wie Digitalisierung, Verteidigung und kritischen Rohstoffen.

Länder wie Belgien sind zwar im internationalen Vergleich noch wirtschaftlich stark, weil sie exportorientiert sind und vom gemeinsamen europäischen Markt profitieren. Aber im globalen Machtgefüge mit Akteuren wie den USA, China oder Indien sind wir deutlich verwundbarer geworden – sei es bei Handelskonflikten, Sicherheitsfragen oder technologischen Standards. Darum ist es in unserem Interesse, wenn die EU-Mitgliedstaaten heute mehr denn je ihre Kräfte bündeln.

Ohne EU würden sogar die größten Mitgliedstaaten geopolitisch kaum Gewicht entfalten. Und für kleine Staaten wie Belgien würde das faktisch bedeuten, sich an größere Blöcke anlehnen zu müssen – ohne Mitbestimmung.

In dieser Broschüre möchte ich näher darauf eingehen, welche Maßnahmen wir auf europäischer Ebene ergreifen und warum diese Schritte auch für unser Leben in Ostbelgien von Bedeutung sind. Die Auflistung ist nicht vollständig. Sie soll aber vermitteln, dass an vielen Stellen gerade Europas Zukunft definiert wird.

Die Idee der Europäischen Union beinhaltet die Möglichkeit und die wichtige Fähigkeit, kritisch mit dieser Integration, den Institutionen und den auch hier in diesem Heft vorgestellten Maßnahmen umzugehen. Und genau dies unterscheidet uns deutlich von autokratischen Systemen.

Ich wehre mich gegen die Behauptung, dass es uns in Europa oder gar in Ostbelgien besser ginge, wenn es eine EU nicht mehr gäbe oder es nur eine Art lose Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten gäbe. Ich selbst erwarte von der EU, die Interessen der Menschen mit Mut und Weitsicht selbstbewusst zu vertreten. Dazu gehört Kritikfähigkeit, dazu gehört aber auch und vor allem der Optimismus und der Mut, dass wir stark sein können, wenn wir es nur wollen.

Ich wünsche viel Spaß bei der Lektüre! Gerne nehme ich Ihre Anregungen und Reaktionen per E-Mail an pascal.arimont@ep.europa.eu entgegen.

Pascal Arimont
EU-Abgeordneter



EUROPA IM VERGLEICH – CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Die EU ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Das bietet eine enorme Binnenmarkt- und Nachfragemacht, obwohl die EU bevölkerungsmäßig deutlich kleiner ist als China, Indien oder Afrika.

Die EU ist weltweit sogar der größte Exporteur von Fertigerzeugnissen und Dienstleistungen und verantwortet etwa 14 % des globalen Warenverkehrs.

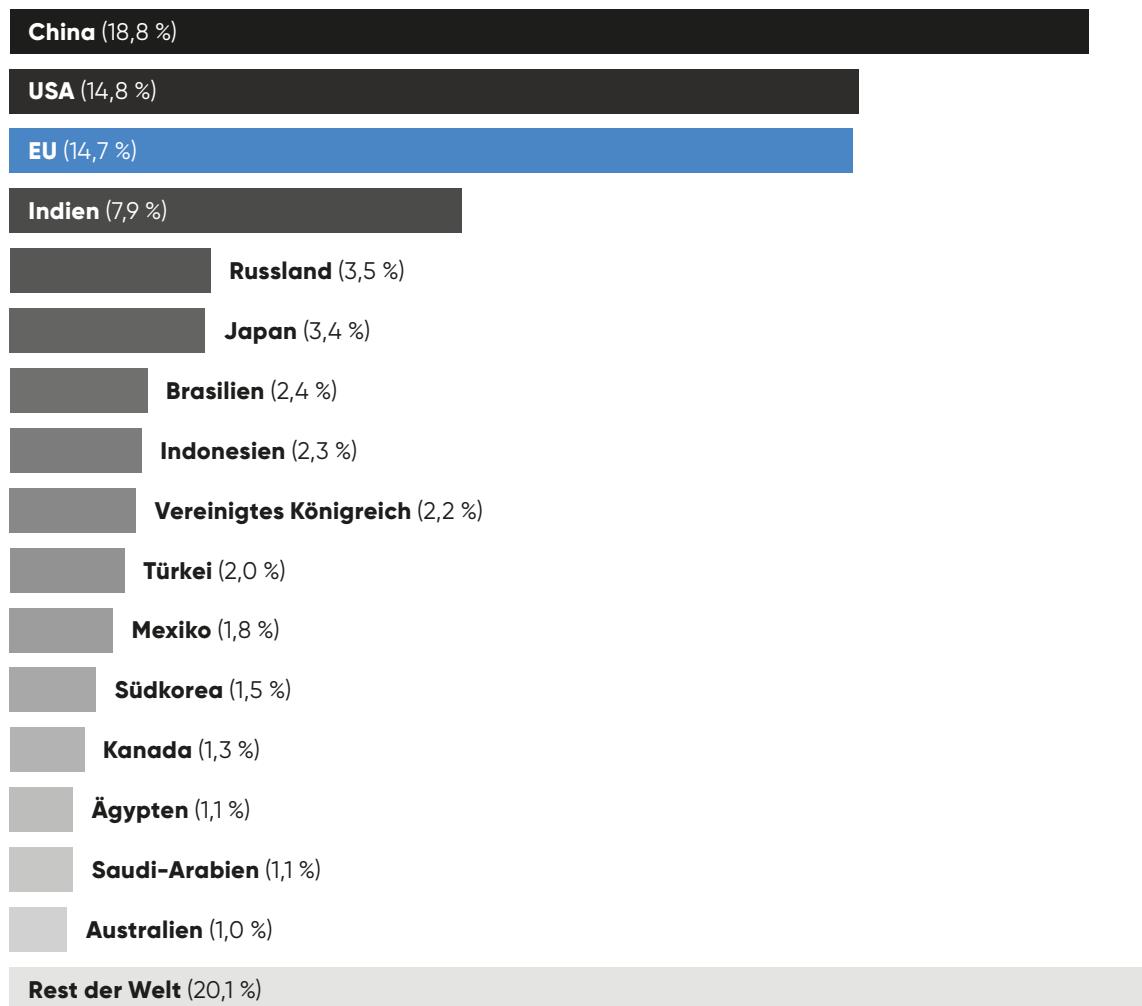
Aber darauf können wir uns nicht ausruhen. Die Wirtschaft wächst nicht mehr so stark: eine Folge der vielen Krisen und geopolitischen Auseinandersetzungen. Seriöse Langfristprognosen gehen davon aus, dass

der Anteil unserer Wirtschaftsleistung bis 2050 auf unter 10 % sinken wird – nicht, weil Europa ärmer würde, sondern weil der Rest der Welt, allen voran China, Indien und Teile Afrikas, schneller wächst.

Auch in Bezug auf den Anteil an der Bevölkerung geht der Trend zurück: Der Anteil der EU-27 an der Weltbevölkerung sank von 11,68 % im Jahr 1960 auf 5,7 % im Jahr 2020 und wird ProJEKTIONEN zufolge mit 4,35 % im Jahr 2057 und 3,83 % im Jahr 2100 noch weiter abnehmen.

All das zeigt: Die EU und ihre Mitgliedstaaten können nur gemeinsam auf Weltebene handlungsfähig und wirkmächtig sein.

WELTWEITES BRUTTOINLANDSPRODUKT (BIP) (%, auf Basis internationaler US-Dollar, 2023)





WIRTSCHAFT UND INDUSTRIE

EUROPA WETTBEWERBSFÄHIG MACHEN

WAS EUROPAS WIRTSCHAFT JETZT BRAUCHT: LUFT ZUM ATMEN UND RAUM ZUM WACHSEN

Die wirtschaftliche Lage in Europa ist ernst: Viele kleine und mittlere Unternehmen – das Rückgrat unserer Wirtschaft – geraten unter Druck. Nicht wegen fehlender Ideen oder Innovationskraft, sondern u. a. aufgrund steigender Energie- und Rohstoffpreise sowie aufgrund einer Bürokratie, die im globalen Wettbewerb zunehmend zur Belastung wird.

Die Zahlen sind eindeutig: In den vergangenen vier Jahren sind in der europäischen Industrie rund eine Million Arbeitsplätze verloren gegangen. Das macht deutlich, wie angespannt die wirtschaftliche Lage ist – auch in Regionen wie Ostbelgien.

Wenn wir unseren Mittelstand und damit unsere wirtschaftliche Basis erhalten wollen, müssen wir gegensteuern – insbesondere dort, wo wir gesetzlich sofort Erleichterungen schaffen können.

Was die Omnibus-Gesetze leisten sollen

Die EU-Kommission arbeitet an mehreren Gesetzespaketen, die europäische Regelungen vereinfachen und Berichtspflichten reduzieren sollen – in Bereichen wie Nachhaltigkeit, Landwirtschaft, Digitalisierung, Verteidigung oder Chemie.

Das Ziel ist klar:

- 25 % weniger Verwaltungsaufwand für alle Unternehmen
- 35 % weniger für KMU
- 8,6 Milliarden Euro an wiederkehrenden Kosten sollen jährlich eingespart werden.

Diese Mittel sollen direkt in Produktivität, Innovation und die Sicherung von Arbeitsplätzen investiert werden können.

Entlastung dort, wo sie den größten Unterschied macht

Ein zentrales Ziel der Reformen ist die Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen in globalen Lieferketten, was für Ostbelgien besonders relevant ist. Viele Betriebe sind Teil solcher Strukturen und sollen künftig ihre Sorgfaltspflichten stärker auf direkte Zulieferer konzentrieren können. Dadurch werden die Regeln praktikabler und der Druck auf kleinere Unternehmen deutlich reduziert. Ergänzend dazu soll das optionale „28. Regime“ einen einheitlichen EU-weiten Rechtsrahmen bieten. Unternehmen könnten freiwillig nach einem einzigen Regelwerk arbeiten, statt sich mit 27 nationalen Vorschriften auseinanderzusetzen. Das bedeutet weniger Bürokratie, geringere Kosten und mehr Zeit für das Kerngeschäft.

Wettbewerbsfähigkeit bedeutet, dass Unternehmer bereit sind, Risiken einzugehen, zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn diese Arbeitsplätze durch überbordende Bürokratie gefährdet sind, hat die Politik die Verantwortung, zu handeln.

WENIGER PAPIER – MEHR PRODUKTIVITÄT. DARUM GEHT ES BEI DEM OMNIBUS-PAKET:

Omnibus I: Nachhaltigkeit

Umfasst gezielte Änderungen der EU-Rechtsvorschriften, u. a. zur Vereinfachung von Sorgfaltspflichten, zur effizienteren Umsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung sowie zur Vereinfachung und Stärkung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM).

Omnibus II: EU-Investitionen

Betrifft bestehende Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit EU-Investitionen, insbesondere das Programm „InvestEU“, um zusätzliche öffentliche und private Investitionen in Höhe von rund 50 Mrd. Euro zu mobilisieren.

Omnibus III: Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Umfasst die Vereinfachung der GAP, um Verwaltungsaufwand und Kontrollen für Landwirte zu verringern, die Konditionalität zu vereinfachen und eine effizientere Finanzierung in Krisenzeiten zu ermöglichen.

Omnibus IV: Kleine Unternehmen, mittlere Kapitalisierung und Digitalisierung

Beinhaltet Maßnahmen zur Vereinfachung des Binnenmarkts, insbesondere durch die Unterstützung von kleinen bis mittelgroßen Firmen, z.B. durch die Digitalisierung von Produktvorschriften. Zugleich werden Aufzeichnungs- und Datenschutzpflichten reduziert.

Omnibus V: Verteidigungsbereitschaft

Umfasst Erleichterungen für Investitionen und die Beschaffung im Verteidigungsbereich, u. a. durch vereinfachte Regeln für sicherheits- und verteidigungsrelevante Vergabeverfahren sowie bessere Rahmenbedingungen für die europäische Verteidigungsindustrie und ihre Lieferketten.

Omnibus VI: Chemikalien

Umfasst Anpassungen im Chemikalienrecht der EU und soll Verwaltungsverfahren für Unternehmen entlang der gesamten chemischen Wertschöpfungskette reduzieren – bei gleichzeitigem hohen Schutzniveau für Gesundheit und Umwelt.

Omnibus VII: Digitales

Beinhaltet gezielte Vereinfachungen im Bereich Künstliche Intelligenz, Daten, Datenschutz und Cybersicherheit. Vorgesehen sind u. a. Änderungen am AI Act, am Data Act, an der Datenschutz-Grundverordnung und den ePrivacy-Regeln sowie eine Vereinfachung von Cyber-Meldepflichten.

Omnibus VIII: Umweltrecht

Umfasst die Vereinfachung und Modernisierung im Bereich Industrieemissionen, Kreislaufwirtschaft und Abfall, Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie Geodaten.

INFOBLOCK: BEDEUTUNG DES MITTELSTANDS IN DER EU

- Die übergroße Mehrheit der EU-Unternehmen sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU):**
Etwa 99,8 % aller Unternehmen in der EU zählen zum Mittelstand.
- Arbeitsplätze und Beschäftigung:**
Rund 88,7 Mio. Menschen arbeiten in KMU – das entspricht etwa 65 % der Gesamtzahl.

EU-KOMMISSION KORRIGIERT KURS BEIM VERBRENNER-AUS – WICHTIGER SCHRITT FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND LEISTBARE MOBILITÄT

Im Zuge der Omnibus-Pakete zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft hat die EU-Kommission Ende 2025 auch eine zentrale Weichenstellung für die Automobilindustrie vorgenommen. Statt eines faktischen Komplettverbots von Verbrennungsmotoren ab 2035 – wie ursprünglich vorgesehen – schlägt sie nun einen realistischeren Ansatz vor: eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 90 Prozent. Das ist ein anspruchsvoller, aber kluger Versuch, die Klimaziele einzuhalten und zugleich die industrielle Stärke Europas sowie bezahlbare Mobilität für die Menschen zu sichern.

Klimaschutz muss ehrgeizig sein – aber auch praxis-tauglich. Ein starrer Regulierungsansatz, der am Ende nur eine einzige Technologie zulässt, gefährdet Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze in Europa. Zudem bleibt gerade in ländlichen Regionen der eigene Pkw oft unverzichtbar: Viele Menschen sind auf lange Reichweiten und flexible Mobilität angewiesen.

Das neue 90-Prozent-Ziel hält den notwendigen Druck zur Dekarbonisierung aufrecht und eröffnet zugleich zusätzliche Wege zur CO₂-Reduktion – etwa durch nachhaltige Kraftstoffe, hocheffiziente Hybridlösungen oder CO₂-armen Stahl „Made in the EU“. Damit sollen gezielt europäische Schlüsselindustrien – vom Fahrzeugbau über die Zulieferer bis hin zur Stahlbranche – und die damit verbundenen Arbeitsplätze gesichert werden.



Zwischen Klimaziel und Realität: Europas Weg zu sauberer Mobilität braucht Ambition und Spielraum für Innovation.



KLIMASCHUTZ
MOTOR FÜR
INNOVATION
UND JOBS

**Klimaschutz und Wirtschaftspolitik:
Wie passt das zusammen?**

Wenn wir über Klimaschutz reden, dann geht es nicht um abstrakte CO₂-Ziele – wie etwa das gesteckte Ziel der Klimaneutralität bis 2050. Es geht um die sehr konkrete Frage, wie wir Klimaschutz mit den wirtschaftlichen Realitäten auf unserem Kontinent verbinden können und uns dadurch zudem von Öl- und Gaslieferungen unabhängiger machen.

Wir sehen es hier bei uns und weltweit: Überflutungen, Extremwetter, Dürren und steigende Temperaturen sind keine Theorie mehr. Allein im Jahr 2023 haben Wetter und Klimaextreme in Europa Schäden von über 45 Milliarden Euro verursacht. Wenn wir nicht handeln, wird das auch unser Zusammenleben in Zukunft noch weitaus ernsthafter treffen.

Gleichzeitig ist klar: Die ökologische Wende kann nur mit einer starken industriellen Basis gelingen. Denn einerseits sind die Investitionen nur möglich, wenn die Wirtschaft diese auch bezahlen kann. Zweitens müssen Windräder, Solaranlagen, Wärmepumpen, Batterien, Kabel, Speicher, etc.

produziert, transportiert und gewartet werden. Und genau hier liegen Chancen für unsere Betriebe. Wenn wir es richtig anstellen, sichern wir bestehende Arbeitsplätze und schaffen neue, zukunftsfähige Jobs.

Unser Ziel in Europa muss daher sein: Klimaschutz so zu organisieren, dass er wirtschaftlich machbar und rentabel ist – mit verlässlichen Rahmenbedingungen, weniger Papierkram und einer Industriepolitik, die unsere Unternehmen stärkt, statt sie zu vertreiben. All das ist nicht innerhalb von nur wenigen Jahren zu realisieren, es ist aber wichtig, sich auf diesen Weg zu machen. Es gibt eine zunehmende Nachfrage nach ressourcenarmen Produkten oder Herstellungsmethoden. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Nachfrage exponentiell wächst. Die heutige Entwicklung dieser Technologien kann unser Wohlstand von morgen sein. Das ist kein einfacher Weg. Ihn nicht zu gehen, ist aber mit höheren Risiken für unsere Industrie, unseren Wohlstand und unseren Einfluss auf die Klimaveränderung verbunden.

WELCHEN RAHMEN SETZT DIE EU KONKRET IM KLIMASCHUTZ?

1 Emissionshandel / CO₂-Bepreisung – „Verschmutzung bekommt einen Preis“

Ein zentrales Instrument der EU ist der Emissionshandel. Die Idee dahinter ist einfach: Wer CO₂ ausstößt, braucht dafür ein Zertifikat. Diese Zertifikate sind begrenzt und werden mit der Zeit knapper. Dadurch bekommt das Recht, CO₂ auszustoßen, einen Preis.

Wichtig ist dabei: Dieses System wurde in Europa entwickelt. Der EU-Emissionshandel, der 2005 gestartet ist, war das erste Emissionshandelsystem dieser Art weltweit. Heute dient er als Vorbild: Inzwischen gibt es rund 30 Emissionshandelsysteme auf der ganzen Welt – von Nordamerika über Europa bis nach Asien – und weitere Länder bereiten eigene Systeme vor.

Der Handel mit Zertifikaten führt zu zwei Effekten:

- Wer viel CO₂ ausstößt, zahlt mehr und hat einen Anreiz, sauberer zu produzieren.
- Wer in moderne, klimafreundliche Technologien investiert, spart Geld und wird wettbewerbsfähiger.

Gleichzeitig besteht das Risiko, dass dieser Handel kurzfristig zu höheren Preisen führt – etwa beim Heizen, beim Tanken oder beim Strom. Das birgt die Gefahr, dass das vor allem Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen spüren.

Deshalb werden in Europa Ausgleichssysteme aufgebaut, die genau diese Belastungen abfedern sollen. Ein Teil der Einnahmen aus dem Verkauf der Zertifikate fließt schon heute in nationale Programme, zum Beispiel für Klimaprämiens oder gezielte Entlastungen. Zusätzlich wird ab 2026 ein eigener Klima-Sozialfonds aufgebaut. Dieser Fonds soll in der Periode 2026–2032 rund 86,7 Milliarden Euro bereitstellen, um insbesondere Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen beim Umstieg auf klimafreundlichere Lösungen zu unterstützen – etwa durch Förderungen für Gebäudesanierung.

Was ist der Emissionshandel?

- Unternehmen in bestimmten Branchen brauchen für ihre CO₂-Emissionen Zertifikate.
- Die Gesamtmenge dieser Zertifikate wird nach und nach reduziert.
- Weniger Zertifikate = weniger CO₂-Ausstoß in Europa.
- Wer Emissionen einspart, kann Zertifikate verkaufen oder Kosten vermeiden.

2 Ausbau erneuerbarer Energien

Die EU hat sich das Ziel gesetzt, den Anteil von Strom aus erneuerbaren Energiequellen deutlich zu erhöhen.

Heute gibt die EU jedes Jahr rund 450 Milliarden Euro dafür aus, fossile Energieträger wie Öl, Gas und Kohle zu importieren. Dieses Geld fließt in hohem Maße an Energiekonzerne außerhalb Europas. Wenn wir unsere eigene Produktion aus erneuerbaren Quellen ausbauen, reduzieren wir langfristig diese gewaltige Energierechnung, entlasten damit Staaten und Bürger. Zudem machen wir uns unabhängiger von geopolitischen Krisen und Preisschocks.

3 Wasserstoff, Netzausbau, Speicher – und Atomkraft als Übergangslösung

Je mehr Strom wir aus Wind und Sonne gewinnen, desto wichtiger werden ein gut ausgebautes Netz und Speicherlösungen. Denn: Die Sonne scheint nicht immer und der Wind weht nicht permanent. Darum investiert die EU in Stromnetze, die Strom besser über Grenzen hinweg transportieren, in Speicherlösungen (wie etwa Pumpspeicher oder Batterien) und in Wasserstoff, der besonders für Industrieprozesse und den Schwerlastverkehr interessant ist. Auch Übergangslösungen wie Atom- und Gaskraftwerke bleiben für die Stabilität der Stromversorgung wichtig.

Im Dezember hat die EU-Kommission mit dem so genannten europäischen „Netzpaket“ eine Initiative vorgelegt, mit der die europäische Netzinfrastruktur modernisiert und ausgebaut werden soll. Ziel ist es, ein wirklich vernetztes und integriertes europäisches Energiesystem zu schaffen, um Abhängigkeiten abzubauen. Neu ist dabei vor allem der stärker europäische Ansatz in der Infrastrukturplanung: Netze sollen konsequenter grenzüberschreitend geplant und die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

4 Schutz vor Deindustrialisierung: CO₂-Zoll (CBAM)

Eine oft gehörte Sorge ist: „Wenn wir in Europa strenge Klimastandards haben, wandern Unternehmen einfach in andere Regionen ab.“ Dieses Phänomen wird häufig als „Carbon Leakage“ bezeichnet – also das Abwandern von Emissionen und industrieller Wertschöpfung. Die EU sieht Instrumente vor, die genau das verhindern sollen.

Die Idee ist klar: Wer in die EU importiert, soll sich an ähnliche Klimastandards halten wie unsere Unternehmen. Damit sorgen wir für faire Wettbewerbsbedingungen und verhindern, dass europäische Firmen für ihre höheren Umweltstandards bestraft werden.

Gerade deshalb ist das von der EU-Kommission angekündigte Industrie-Schutzbau so wichtig. Es stärkt energie- und exportintensive Branchen, verbessert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und schafft faire Bedingungen im globalen Handel. Für Regionen wie Ostbelgien – mit starken Arbeitgebern etwa in der Metall-, Kabel- und Kunststoffverarbeitung – ist das ein entscheidendes Signal: Europa lässt seine Industrie nicht im Stich, sondern sorgt dafür, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort erhalten bleiben.

Industrie-Schutzbau: Austausch mit EU-Klimakommissar Wopke Hoekstra in Straßburg im Dezember 2025.



5 „Clean-Tech“ als wirtschaftliche Chance für Europa

Europa ist nicht nur ein „Regelsetzer“. Wir betreiben zunehmend aktive Industriepolitik. Das bedeutet: Wir überlegen uns gezielt, welche Technologien und Branchen wir in Europa stärken wollen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Damit reagiert Europa auf die weltweiten Investitionsprogramme – etwa in den USA oder China – und will sicherstellen, dass Zukunftstechnologien wie Batterien, Wasserstoff, erneuerbare Energien, CO₂-Abscheidung oder moderne Fertigungsmethoden nicht ausschließlich außerhalb Europas entstehen.

Für unsere Unternehmen bedeutet das: bessere Rahmenbedingungen, schnellere Genehmigungen, gezieltere Förderung und eine klare industrielpolitische Richtung. Bis 2030 sollen z. B. laut „Net-Zero Industry Act“ mindestens 40 % der in Europa benötigten klimaneutralen Schlüsseltechnologien in der EU selbst produziert werden.

6 Kritische Rohstoffe und Unabhängigkeit Europas

Damit technologische und wirtschaftliche Entwicklung möglich ist, brauchen wir Rohstoffe. Manche davon sind „kritische Rohstoffe“.

Dazu gehören zum Beispiel:

- bestimmte seltene Erden für Magnete in Windrädern und Elektromotoren,
- Metalle für Batterien,
- Rohstoffe für Halbleiter, Kabel und viele Hightech-Anwendungen.

Heute ist Europa stark abhängig: Die EU bezieht etwa 98 % ihrer seltenen Erden und rund 93 % ihres Magnesiums aus China. Gerade für den Clean-Tech-Bereich – also für Windräder, Batterien oder Elektroautos – stammen fast alle seltenen Erden aus China. Das ist riskant, wenn es politische Spannungen gibt, Lieferketten unterbrochen oder Exportbeschränkungen verhängt werden. Dann geraten unsere Industrie und damit auch Arbeitsplätze bei uns unter Druck.



Mit dem **RESourceEU-Plan** setzt die EU daher den nächsten Schritt. Der jüngst vorgestellte Plan bedeutet: Wir wollen nicht nur Ziele formulieren, sondern ganz konkret Projekte auf den Weg bringen, u. a.:

- Investitionen beschleunigen: Die EU will rund 3 Milliarden Euro mobilisieren, um wichtige Rohstoffprojekte in Europa und in Partnerländern für Investoren attraktiver zu machen und schneller zu finanzieren.
- Genehmigungen vereinfachen: Viele Rohstoffprojekte scheitern oder verzögern sich an sehr langen Genehmigungsverfahren. RESourceEU soll diese Verfahren verschlanken und besser koordinieren, ohne Umweltstandards zu senken.
- Partnerschaften mit Drittstaaten ausbauen: Die EU will gezielt Rohstoffabkommen mit vertrauenswürdigen Partnerländern abschließen, um die Versorgung auf mehrere Beine zu stellen – also weg von einer gefährlichen Einseitigkeit.
- Recycling massiv stärken: Recycling ist einer der Schlüssel, um die Abhängigkeit von Importen zu verringern. Ziel ist es, den Anteil recycelter kritischer Rohstoffe deutlich zu erhöhen und so eine Art „zweite Rohstoffquelle“ im eigenen Binnenmarkt zu schaffen.



Fazit: Klimaschutz und starke Industrie gehören zusammen

Vor sechs, sieben Jahren gab es weltweit noch keinen klaren „Masterplan“ zur Klimaneutralität. Die EU hat mit dem Europäischen Green Deal und dem Ziel „klimaneutral bis 2050“ einen solchen Plan als erste große Wirtschaftsmacht umfassend vorgelegt und ihn mit dem Europäischen Klimagesetz rechtlich verbindlich gemacht.

Heute haben über hundert Länder – von den USA über Japan bis hin zu vielen Schwellenländern – eigene Klimaneutralitätsziele beschlossen. Zusammen decken diese Staaten den überwiegenden Teil der weltweiten Emissionen ab.

Auch China hat sich Klimaziele gesetzt und ist im Clean-Tech-Bereich längst vom Nachzügler zum direkten Konkurrenten geworden: Chinesische Fabriken produzieren rund 60 % der weltweiten Windturbinen und etwa 80 % der Solarmodule. Sie kontrollieren auch einen Großteil der globalen Lieferketten.

Wer also meint, nur wir hier in Europa würden uns mit „industrieschädlicher“ Klimapolitik das Leben schwer machen, der irrt. Der Wettkampf um die Technologien von morgen läuft längst – und wir müssen aufpassen, dass wir nicht abgehängt werden.

Am Ende läuft vieles auf eine einfache Einsicht hinaus: Ohne eine starke Industrie wird es keinen erfolgreichen Klimaschutz geben. Wir brauchen Unternehmen, die die Technologien entwickeln und produzieren, mit denen wir unsere Ziele erreichen. Dafür müssen aber die richtigen Voraussetzungen geschaffen werden: eine bezahlbare Energieversorgung und Zugang zu Rohstoffen, die für unsere Entwicklung unabdingbar sind.

DIGITALE REVOLUTION

WARUM EUROPÄISCHE EIGENE STANDARDS SETZEN MUSS

Die digitale Revolution verändert unsere Gesellschaft tiefgreifend: Künstliche Intelligenz, soziale Netzwerke und Algorithmen bestimmen längst unseren Alltag. Diese Entwicklung bietet Chancen – etwa für Innovation, Produktivität oder den medizinischen Fortschritt – aber auch erhebliche Risiken: von Desinformation über Diskriminierung bis hin zur Frage, wem wir als Gesellschaft die Kontrolle über unsere Daten und Entscheidungen überlassen.

Darum brauchen wir auch hier ein klares Regelwerk: Was wollen wir in der Europäischen Union fördern – und was müssen wir strenger regulieren? Das ist ein Thema, mit dem wir uns im EU-Parlament aktuell fast täglich befassen.

DIE WICHTIGSTEN GESETZE UND GESETZESVORHABEN:

1 Der AI Act – das europäische Grundgesetz für Künstliche Intelligenz

Mit dem AI Act hat Europa als erster Kontinent ein eigenes KI-Gesetz beschlossen. Es soll sicherstellen, dass KI verantwortungsvoll eingesetzt wird und so weltweit Standards setzen.

Was regelt der AI Act?

- Verbot von sogenanntem „Social Scoring“ (also Bewertung von Verhaltensweisen wie z. B. in China) und biometrischer Massenüberwachung.
- Strenge Regeln für KI in sensiblen Bereichen wie Medizin, Justiz oder Personalwesen.
- Transparenzpflichten für große KI-Modelle wie ChatGPT.

Was heißt das im Alltag?

Wenn ein KI-System z. B. Bewerbungen sortiert oder Kreditentscheidungen trifft, muss es nachvollziehbar und fair funktionieren. Manipulative Systeme, die Emotionen überwachen oder Verhalten steuern sollen, sind innerhalb der EU tabu.

2 Social Media und Digitalplattformen unter Aufsicht – DSA und DMA

Mit zwei großen Gesetzespaketen bringt die EU Ordnung in den digitalen Raum: dem „Digital Services Act“ (DSA) und dem „Digital Markets Act“ (DMA).

Der DSA regelt u. a. folgende Punkte:

- Nutzer und Behörden müssen Inhalte wie Terrorpropaganda oder Betrug schnell melden können. Plattformen müssen diese Meldungen zügig bearbeiten.
- Bessere Moderation und Schutz Minderjähriger: Dienste müssen Risiken für Jugendliche aktiv reduzieren, z. B. durch strengere Vorgaben für Empfehlungsalgorithmen oder durch mehr Schutz vor jugendgefährdenden Inhalten.
- Transparenzpflichten für Algorithmen: Plattformen müssen offenlegen, warum Nutzer bestimmte Inhalte sehen („Warum wird mir das angezeigt?“). Forscher und Behörden erhalten Zugang zu Daten, um Manipulation oder Desinformation besser zu untersuchen.
- Verbot besonders riskanter Praktiken: z. B. gezielte Werbung für Minderjährige sowie Werbung basierend auf sensiblen Daten (Religion, Gesundheit, politische Überzeugungen).



Jugendschutz: Für klare Altersvorgaben in den Social Media:

Das Europäische Parlament verlangt weitere Schritte speziell für den Schutz von Kindern im Internet. Gemeinsam mit Les-Engagés-Parteipräsident Yvan Verougstraete habe ich an den zentralen Leitlinien mitgearbeitet. Sie sollen sicherstellen, dass digitale Angebote wie TikTok & Co. für junge Nutzer deutlich altersgerechter gestaltet werden. Kernpunkt des Forderungskatalogs ist die Einführung einer einheitlichen digitalen Altersgrenze von 16 Jahren für den Zugang zu sozialen Medien. Kindern und Jugendlichen unterhalb dieser Schwelle soll der Zugang nur dann gewährt werden, wenn die Eltern ausdrücklich zustimmen. Für Kinder unter 13 Jahren sind besonders strenge Vorgaben vorgesehen, um sie besser vor riskanten Inhalten und manipulativen Mechanismen zu schützen.

Der DMA regelt, wie „Gatekeeper“ – also sehr große, marktbeherrschende Tech-Firmen – sich auf dem digitalen Binnenmarkt verhalten dürfen.

Die Verordnung soll verhindern, dass riesige, meist chinesische oder amerikanische Tech-Unternehmen ihre Macht missbrauchen, um Wettbewerb und Innovation zu behindern.

Die wichtigsten Regeln:

- Verbot der Selbstbevorzugung eigener Dienste: Große Plattformanbieter dürfen ihre eigenen Produkte oder Dienste nicht mehr systematisch gegenüber Angeboten von Mitbewerbern bevorzugen – etwa durch bessere Platzierung, günstigere Konditionen oder Standard-Einstellungen. Das soll es auch europäischen Anbietern ermöglichen, auf den Markt zu gelangen.
- Öffnung der Bezahlsysteme bei App-Stores: Anbieter wie der „Apple App Store“ dürfen Entwickler nicht länger verpflichten, ausschließlich das eigene Bezahlsystem zu nutzen. Stattdessen müssen sie auch alternative Zahlungswege erlauben – was Wettbewerb und Preistransparenz stärker fördert.

Besonders relevant ist der DMA auch im Hinblick auf Online-Marktplätze:

In letzter Zeit häuften sich Fälle, in denen über digitale Handelsplattformen gefährliche oder verbotene Produkte – darunter kindlich aussehende Sexpuppen oder Waffen – in der EU angeboten wurden. Das macht erhebliche Defizite bei der Kontrolle großer Plattformen sichtbar. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen habe ich eine Resolution im EU-Parlament initiiert, die eine rasche und konsequente Durchsetzung bestehender EU-Gesetze fordert. Online-Marktplätze müssen wissen: Wer systematisch gegen Recht und Verbraucherinteressen verstößt, muss mit spürbaren Sanktionen rechnen – bis hin zu einer Sperrung. Ebenfalls wichtig ist die im Rat erzielte Einigung über die Abschaffung des Schwellenwerts von 150 EUR für die Zollbefreiung als entscheidende Maßnahme, um den systematischen Missbrauch von Sendungen mit geringem Wert einzudämmen, wie er insbesondere bei Plattformen wie Temu und Shein zu beobachten ist.

3 Digitale Souveränität stärken – der Chips Act

Halbleiter sind das Fundament jeder modernen Technologie. Mit dem European Chips Act will die EU die eigene Chipproduktion ausbauen und unabhängiger von den USA und Asien werden. Das Gesetz ermöglicht Milliardeninvestitionen in neue Fabriken und Forschung. Die EU fördert mit dem Chips Act den Aufbau neuer Produktions- und Fertigungskapazitäten sowie Forschungslinien für Spitzentechnologien. Öffentliche Mittel und Förderinstrumente sollen Investitionen in europäische Fabriken und Infrastruktur erleichtern, um langfristig eine unabhängige Versorgung mit Chips zu ermöglichen.



4 Schaffung von Gigafactories und Rechenzentren – auch in der Nähe von Ostbelgien

Wenn wir über die digitale Revolution sprechen, geht es längst nicht mehr nur um Smartphones oder schnelle Internetanschlüsse. Die eigentlichen Motoren dieser Entwicklung sind die großen Rechenzentren und Supercomputeranlagen. Diese „Gigafactories“ für Daten sind Orte, an denen gewaltige Rechenleistung gebündelt werden, um Künstliche Intelligenz zu entwickeln, komplexe Simulationen zu fahren oder riesige Datenmengen auszuwerten.

Solche Kapazitäten müssen wir verstärkt in Europa aufbauen, um weniger abhängig von den USA und Asien zu werden. Daher fördert die EU gezielt den Aufbau solcher digitalen „Gigafactories“.

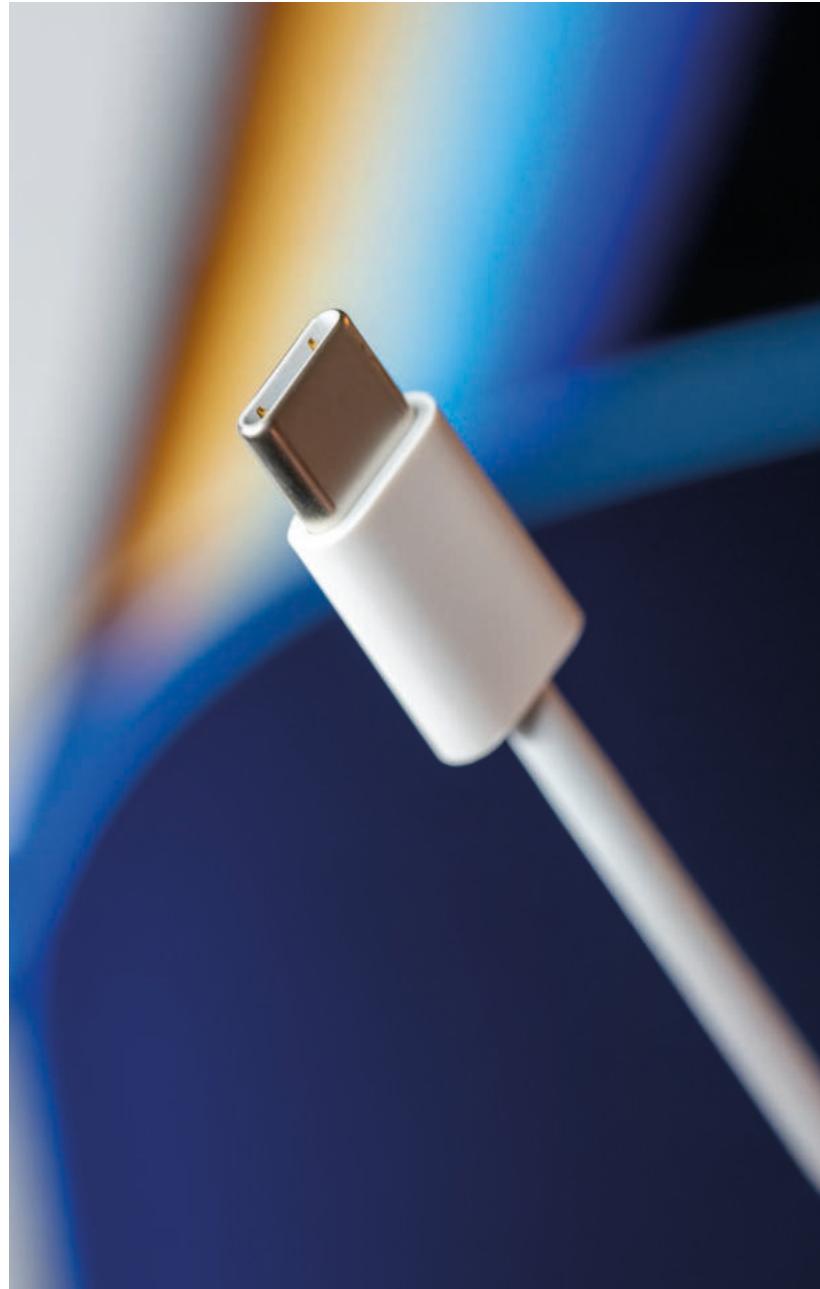
Ein Konsortium um die RWTH Aachen und das Forschungszentrum Jülich hat den Zuschlag für die JUPITER AI Factory erhalten, die künftig eine der zentralen europäischen KI-Infrastrukturen bilden wird und auf den bereits heute äußerst leistungsfähigen Supercomputern der Region aufbaut. Parallel dazu bewirbt sich die Euregio Maas-Rhein – mit Partnern wie der Universität Lüttich und der RWTH Aachen – als Standort für das Einstein-Teleskop. Gelingt dies, entsteht im Dreiländereck ein einzigartiger Hochtechnologieraum, in dem Supercomputing, KI-Forschung, Spitenphysik und Hightech-Industrie zusammentreffen und starke Impulse für Arbeitsplätze, Forschung und Innovation in der gesamten Euregio, also auch in Ostbelgien, setzen.



Fazit: Europa kann Maßstäbe setzen

Die EU nutzt Regelwerke wie den Digital Services Act (DSA) und den Digital Markets Act (DMA) gezielt dafür, riesige digitale Monopole zur Rechenschaft zu ziehen und faire Wettbewerbsbedingungen durchzusetzen. So hat die EU-Kommission noch im Dezember eine Geldbuße von 120 Millionen Euro gegen die Plattform X verhängt, weil sie wiederholt gegen die Transparenz- und Nutzerpflichten verstößen hat – ein klarer Hinweis darauf, dass selbst globale Giganten sich an europäische Regeln halten müssen. Diese Maßnahmen haben international für Aufsehen gesorgt – in den USA fordern sogar manche ein Ende der EU-Regulierung, weil sie den Technologiekonzernen Regeln auferlegt, die diese nicht befolgen möchten. Gleichzeitig zeigt sich hier der Wert der EU: Sie bietet global agierenden Unternehmen Zugang zum größten Binnenmarkt der Welt – aber nur unter klaren Regeln für Wettbewerb und Verbraucherrechte.

Ähnlich war es beim EU-Standard für Ladeanschlüsse (USB-C), den viele multinationale Hersteller wie Apple zunächst ablehnten. Heute gilt er weltweit und vermeidet jährlich Tonnen an Elektronikmüll. Beispiele wie dieses machen deutlich, dass die EU eine starke Rolle spielen kann, wenn sie konsequent Regeln durchsetzt – selbst gegen mächtige Interessen.



*Der einheitliche USB-Anschluss:
Ein Beispiel dafür, dass die EU mit klaren
Regeln weltweit Standards setzen kann.*



VERTEIDIGUNG & FRIEDENSPROJEKT

SICH VERTEIDIGEN KÖNNEN

SICH VERTEIDIGEN KÖNNEN, UM SICH NICHT VERTEIDIGEN ZU MÜSSEN.

Angriffskriege sind auf unseren Kontinent zurückgekehrt, geopolitische Spannungen nehmen zu, und die globalen Machtverhältnisse verschieben sich rasant. Das zwingt die EU zu einer Frage, mit der sie sich lange nicht ernsthaft beschäftigt hat:

Wie schützen wir unseren Frieden in einer Welt, die gefährlicher geworden ist?

Die Antwort darauf fällt klar aus: Europa muss verteidigungsfähiger werden – nicht trotz, sondern wegen seines Friedensprojekts.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat gezeigt, wie fragil Sicherheit auf unserem Kontinent sein kann. Europa kann seinen Frieden nur bewahren, wenn es sich selbst schützen kann.

WAS EUROPA BEREITS TUT: DIE ZENTRALEN VERTEIDIGUNGSSINITIATIVEN

1 European Defence Fund – gemeinsame Entwicklung statt Insellösungen

Europa leistet sich heute mehr als 150 verschiedene Waffensysteme – die USA gerade einmal 30. Diese Fragmentierung zwischen den Armeen ist teuer und ineffizient. Der Europäische Verteidigungsfonds (European Defence Fund, EDF) soll das ändern. Er stärkt die innovative, industrielle und wissenschaftliche Basis der europäischen Verteidigungsindustrie und leistet damit einen Beitrag zur strategischen Autonomie der EU.

Was er tut:

- finanziert gemeinsame Rüstungsforschung und -entwicklung,
- bündelt Fähigkeiten und vermeidet Doppelstrukturen,
- unterstützt die Fabrikation von Drohnen, Cyberabwehr, KI, Weltraumprojekte.

Beispiel:

Die Entwicklung europäischer Drohnentechnologien läuft über EDF-Projekte – damit Europa nicht dauerhaft von amerikanischen oder israelischen Systemen abhängig bleibt.

2 EDIP: Programm für die europäische Verteidigungsindustrie – gemeinsame Beschaffung als Norm

Ende 2024 wurde das Programm für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) vorgeschlagen. Es soll die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung und die Verteidigungsfähigkeiten der EU stärken. Mit dem Programm wird ein Rechtsrahmen für europäische Verteidigungsvorhaben von gemeinsamem Interesse geschaffen. Förderfähig sind nur Vorhaben, an denen mindestens vier Mitgliedstaaten beteiligt sind.

3 PESCO – gemeinsame Verteidigungsprojekte in Europa

Unter dem Dach von PESCO arbeiten 26 EU-Staaten an über 60 Projekten, z. B.:

- schnellere Truppenverlegung quer durch Europa,
- gemeinsame Cyberabwehrteams,
- europäische Patrouillen-Korvetten,
- Kommunikation und militärische Mobilität,
- Projekte zur Weltraum- und Satellitenkommunikation.

PESCO ergänzt damit die nationalen Streitkräfte und stärkt die Fähigkeit Europas, im Krisenfall schneller, koordinierter und effizienter zu handeln.



4 ASAP – Europas Munitionsproduktion steigern

Der Krieg in Europa hat schmerhaft offen gelegt: Europas Arsenale sind leer. Mit dem ASAP-Programm („Act in Support of Ammunition Production“) werden die Produktionskapazitäten für Artilleriemunition ausgebaut. Ziel sind neue Fertigungslinien in mehreren Mitgliedstaaten und damit eine Erhöhung der Produktionsmengen.

Langfristiges Ziel ist die europäische Verteidigungsunion. Insgesamt sollten nationale Strukturen enger miteinander verzahnt werden, um Effizienz zu steigern und die europäischen Armeen untereinander kompatibler zu machen. Das bedeutet: gemeinsame Ausbildung, Logistik, Beschaffung und Standards.

Plädoyer für eine gemeinsame EU-Armee

All diese Schritte zeigen, dass die EU bereits wichtige Anstrengungen unternimmt, um ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Die Entwicklungen der letzten Monate machen jedoch deutlich, dass dies nicht ausreicht: Europa braucht eine echte europäische Armee, die nicht nur technologisch und materiell leistungsfähig ist, sondern auch politisch geschlossen handelt. Wer außenpolitisch ernst genommen werden will, muss intern mit einer Stimme sprechen und in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen.

Eine gemeinsame europäische Armee würde den Mitgliedstaaten erhebliche Mittel sparen, da heute jeder Staat eigene Streitkräfte mit unterschiedlichen Waffensystemen und parallelen Kommandostrukturen unterhält. Zugleich wäre sie ein starkes Zeichen für eine echte politische Union, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sicherheitspolitisch Verantwortung übernimmt. Vor diesem Hintergrund unterstütze ich den Vorstoß von EU-Verteidigungs-kommissar Andrius Kubilius, der unter anderem die Schaffung einer ständigen europäischen Streitkraft mit 100.000 Soldaten als möglichen Schritt zur Stärkung der Sicherheit Europas vorgeschlagen hat – insbesondere mit Blick auf einen möglichen Abzug der derzeit in Europa stationierten US-Truppen.

LANDWIRTSCHAFT**OHNE BAUERN BLEIBT
DER TELLER LEER**

Selten war der Druck so groß wie im Jahr 2024, als in vielen europäischen Ländern tausende Bäuerinnen und Bauern auf die Straßen gingen – mit der klaren Botschaft: „Es reicht“ – zu viel Bürokratie, zu viele Auflagen, zu wenig Perspektive.

Die EU-Kommission und das Europäische Parlament haben darauf reagiert. Den Anfang machte der „Strategische Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft“. Ziel war es, gemeinsam eine Vision für die Landwirtschaft nach 2030 zu entwickeln: wirtschaftlich tragfähig, ökologisch verantwortungsvoll und gesellschaftlich akzeptiert.

Im Mittelpunkt standen dabei vier Kernfragen:

- Wie sichert die EU stabile Einkommen und realistische Zukunftsaussichten für Landwirte?
- Wie lassen sich Umwelt- und Klimaziele mit der betrieblichen Realität vereinbaren?
- Welche Rolle spielen Innovationen wie Digitalisierung und Präzisionslandwirtschaft?
- Und wie bleibt Europa auf einem globalisierten Agrarmarkt wettbewerbsfähig?

Parallel dazu wurde begonnen, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) für die nächste Förderperiode (ab 2028) vorzubereiten.

ERSTE ERLEICHTERUNGEN ERREICHT

In den vergangenen Monaten habe ich mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament intensiv dafür eingesetzt, die tägliche Arbeit unserer Landwirte spürbar zu erleichtern. Nun liegt endlich eine Einigung zwischen Parlament und Mitgliedstaaten vor, die erste konkrete Erleichterungen bringt.

Was ändert sich konkret?**• Weniger Kontrollen:**

Betriebe müssen nur noch eine Vor-Ort-Kontrolle pro Jahr erwarten. Doppelprüfungen gehören damit der Vergangenheit an.

• Stärkere Unterstützung für kleine Betriebe:

Die Jahrespauschale kann künftig bis zu 3.000 Euro betragen. Die einmalige Unterstützung für Investitionen in die Betriebsentwicklung steigt auf 75.000 Euro.

• Mehr Flexibilität auf den Feldern:

Ackerflächen behalten ab dem 1. Januar 2026 ihren Status, auch wenn sie nicht regelmäßig umgebrochen wurden.

• Biobetriebe werden entlastet:

Wer ökologisch wirtschaftet, erfüllt bestimmte Umweltauflagen künftig automatisch. Das bedeutet weniger Papierkram bei gleichbleibenden Standards.

• Schnellere Hilfe in Krisen:

Direktzahlungen können früher fließen. Und die Mitgliedstaaten erhalten mehr Spielraum, um Landwirte bei Extremwetter oder Marktverwerfungen rasch zu unterstützen.

*Junge Landwirte
sind für die EU von
entscheidender
Bedeutung.*

EIN STARKER EU-HAUSHALT – DAMIT UNSERE LANDWIRTSCHAFT UND REGIONEN NICHT GESCHWÄCHT WERDEN

Parallel zur Entbürokratisierung laufen derzeit wichtige Verhandlungen über den EU-Haushalt 2027–2034, den sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmen. Er entscheidet darüber, welche politischen Prioritäten die EU in den kommenden Jahren setzen kann – und wie viel Unterstützung unsere Landwirte und Regionen tatsächlich erhalten. Wie viele meiner Kollegen vertrete ich die Ansicht, dass die GAP ein zentrales Element des europäischen Zusammenhalts ist und bleiben muss.

DIE NÄCHSTE GENERATION IM BLICK – BESSERE UNTERSTÜTZUNG FÜR JUNGLANDWIRTE

Eine moderne Agrarpolitik darf nicht nur bestehende Betriebe stärken. Sie muss auch die Frage beantworten: Wer bewirtschaftet unsere Höfe in Zukunft?

Die Herausforderungen sind groß: 57 % der Betriebsleiter sind aktuell über 55 Jahre alt, während nur 12 % unter 40 Jahre alt sind.

Junge Landwirte sind für die Ernährungssicherheit der EU und lebendige ländliche Gebiete von entscheidender Bedeutung. Damit die Landwirtschaft attraktiv bleibt, müssen junge Menschen die richtigen Voraussetzungen vorfinden, um ihr Leben in ländlichen Gebieten aufzubauen.



Die EU-Kommission hat daher eine „Strategie für den Generationswechsel in der Landwirtschaft“ vorgestellt, die einen klaren Fahrplan zur Unterstützung junger Landwirte und zur Gewinnung von mehr Menschen für die Landwirtschaft enthält. Die Strategie zielt darauf ab, den Anteil junger Landwirte in der EU bis 2040 zu verdoppeln – der Anteil soll dann bei etwa 24 % liegen.

Was sich für Junglandwirte verbessern soll:

- **Höhere Startförderungen:**

Der Einstieg in die Landwirtschaft ist teuer. Künftige EU-Programme sollen höhere Zuschüsse bereitstellen, damit junge Menschen einen Hof übernehmen oder neu starten können.

- **Erleichterter Zugang zu Krediten:**

Über europäische Garantiefonds sollen Darlehen für Junglandwirte günstiger und leichter zu erhalten sein.

- **Zugang zu Land:**

Aufbau einer europäischen Landbeobachtungsstelle zur Verbesserung der Transparenz im Bereich Land. Dies wird Landwirten den Zugang zu verfügbarem Land erleichtern und Spekulationen mit Land verhindern.

Warum das für Ostbelgien wichtig ist:

Viele unserer Familienbetriebe suchen heute eine Hofnachfolge. Wenn wir jungen Menschen Perspektiven bieten wollen – und wenn wir unsere regionale Landwirtschaft erhalten möchten –, müssen die Startbedingungen stimmen. Eine stärkere EU-Unterstützung für Junglandwirte ist daher nicht nur sinnvoll, sondern notwendig.



MERCOSUR-ABKOMMEN – NICHT AUF DEM RÜCKEN UNSERER LANDWIRTE!

Aktuell wird viel über das sogenannte Mercosur-Abkommen mit den südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay diskutiert. Nach jahrelangen Verhandlungen soll das Abkommen nun final ratifiziert werden.

Ich stehe diesem Abkommen nach wie vor äußerst kritisch gegenüber. In meinen Augen wird es für unsere Landwirte zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen führen: Während europäische Betriebe strenge Umwelt-, Tierwohl- und Sozialstandards einhalten müssen, gelten in den Mercosur-Staaten oft deutlich niedrigere Auflagen. Dadurch könnten billigere Importe europäische Produkte vom Markt verdrängen.

Europa als Markt mit 450 Millionen Verbrauchern muss in der Lage sein, eigene Standards durchzusetzen, statt durch Abkommen wie das Mercosur-Vertragswerk die jahrelangen Bemühungen europäischer Landwirte in puncto Nachhaltigkeit, Rückverfolgbarkeit und Tier- schutz zu entwerten.

Im Europäischen Parlament hat sich ein fraktionsübergreifender Zusammenschluss gebildet, der das Abkommen kritisch prüft und auch rechtlich von der EU-Gerichtsbarkeit überprüfen lassen will.

EU-Landwirtschaftskommissar Christophe Hansen konnte sich im vergangenen Jahr in Weywertz ein Bild von einem ostbelgischen Familienbetrieb machen.



KATASTROPHENSCHUTZ

DER FREIWILLIGEN FEUERWEHR EINE STIMME GEBEN

MEINE ARBEIT ALS CO-VORSITZENDER DER INTERGROUP FÜR RESILIENZ, KATASTROPHENMANAGEMENT UND ZIVILSCHUTZ

Wir werden in Europa immer häufiger mit Notfällen, Extremereignissen und Katastrophen konfrontiert.

Umso wichtiger ist der Einsatz der vielen Freiwilligen, die in solchen Momenten unsere erste Schutzlinie bilden. Die Idee, im Europäischen Parlament die Intergroup für Resilienz, Katastrophenmanagement und Zivilschutz zu gründen, entstand direkt aus Gesprächen mit freiwilligen Feuerwehrleuten und Rettungskräften aus Ostbelgien, die auf europäischer Ebene eine Stimme brauchen. Die fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe („Intergroup“) leite ich heute als Co-Vorsitzender.

WARUM IST DER ZIVILSCHUTZ DAS THEMA DER STUNDE?

Die Flut 2021 hat auch in Ostbelgien schmerhaft vor Augen geführt, welche Wucht Naturkatastrophen entfalten können. In Erinnerung an diese Tage habe ich im Oktober 2025 eine Gedenkveranstaltung im Europäischen Parlament organisiert – gemeinsam mit Präsidentin Roberta Metsola und vielen Helferinnen und Helfern aus den betroffenen Regionen. Es war ein Moment des Innehaltens, aber auch ein klarer Auftrag: Wir müssen besser vorbereitet sein!

Die Risiken verändern sich. Der Klimawandel führt zu mehr Extremwetter, Dürren, Waldbränden und Überschwemmungen. Dabei stoßen nationale Kapazitäten schnell an ihre Grenzen. Kein Land kann Katastrophen dieser Größenordnung allein bewältigen. Das gilt auch für unsere Grenzregion: Krisen machen nicht an Grenzen halt – deshalb darf auch unsere Reaktion nicht dort enden.



1. Jahreskonferenz zum Thema
Resilienz und Katastrophenschutz
im EU-Parlament am 10.12.2025.

WAS WIR BEREITS ERREICHT HABEN – EINIGE HIGHLIGHTS:

Als Intergroup bringen wir

Politik und Praxis zusammen:

- Anhörungen im Beschäftigungsausschuss zur Unterstützung freiwilliger Feuerwehrleute und zum besseren Gesundheitsschutz für Einsatzkräfte.
- Initiativen zum Abbau der grenzüberschreitenden Inkompatibilität von Ausrüstung und Strukturen oder im Rahmen der Führerscheinrichtlinie für Einsatzfahrzeuge.
- Regelmäßige Gespräche mit den zuständigen EU-Kommissarinnen Roxana Mînzatu und Hadja Lahbib, um die politischen Weichen für einen starken europäischen Katastrophenschutz zu stellen.
- Besuch des Europäischen Notfallzentrums (ERCC) mit einer 40-köpfigen Delegation des EU-Parlaments. Bei der ERCC laufen im Ernstfall die Fäden zusammen. Vor Ort konnten wir uns ein Bild davon machen, wie europäische Hilfe koordiniert wird. Hierbei wurde vielen EU-Abgeordneten deutlich, wie dringend wir an einer Aufwertung dieses Notfallzentrums arbeiten müssen.

- Organisation der ersten europäischen Jahreskonferenz zum Katastrophenschutz im EU-Parlament. Die Konferenz bot Einsatzkräften, Wissenschaftlern und Experten die Möglichkeit, Parlamentarier und die zuständige EU-Kommissarin Hadja Lahbib gezielt auf Lücken im europäischen System hinzuweisen.

BLICK NACH VORN: DIE NÄCHSTEN SCHRITTE

Die EU überarbeitet derzeit ihren Zivilschutzmechanismus (UCPM). Dieser Mechanismus ist das zentrale europäische Instrument, um bei Naturkatastrophen, Großbränden, Überschwemmungen, Erdbeben, Pandemien oder Unglücken schnell und koordiniert Hilfe zu leisten – innerhalb der EU und weltweit. Er bündelt die Fähigkeiten von 27 EU-Mitgliedstaaten sowie mehreren Partnerländern und ermöglicht, dass ein Land im Krisenfall innerhalb weniger Stunden mit Unterstützung rechnen kann.

Als Verhandlungsführer der Europäischen Volkspartei (EVP) setze ich mich dafür ein, dass wir diesen Mechanismus stärken, modernisieren und finanziell besser ausstatten. Dazu gehört auch, Gesundheitsprävention stärker einzubinden – eine wichtige Lehre aus der COVID-Pandemie.

Warum das gerade für Ostbelgien wichtig ist:

Als Grenzregion sind wir auf enge Zusammenarbeit mit den niederländischen, deutschen und luxemburgischen Behörden angewiesen. Ob bei der Vereinheitlichung von Ausrüstung, bei gemeinsamen Trainings oder bei der Abstimmung von Einsatzstrukturen: Für uns zählt europäische Zusammenarbeit ganz besonders.

Vor allem aber lebt unser Katastrophenschutzsystem vom Engagement der freiwilligen Einsatzkräfte. In Ostbelgien ist ein Großteil der Feuerwehr- und Sanitätsdienste ehrenamtlich organisiert. Aus vielen Gesprächen mit freiwilligen Rettungskräften und Besuchen unserer Feuerwehrkasernen weiß ich: Unsere Freiwilligen verdienen nicht nur unseren Dank, sondern auch bestmögliche Unterstützung, weniger Bürokratie, mehr Anerkennung und einen Rechtsrahmen, der ihnen Sicherheit gibt.

FÖRDERMITTEL

EU-MITTEL FÜR OSTBELGIEN SICHERN

Die EU verhandelt derzeit über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Er legt fest, welche Fördermittel den Regionen zwischen 2028 und 2034 zur Verfügung stehen.

Warum das für Ostbelgien zählt:

Als kleine Region profitieren wir überproportional stark vom EU-Haushalt. Deshalb ist entscheidend, dass die spezifischen Bedürfnisse unserer Grenzregion auch künftig berücksichtigt werden.

DIE WICHTIGSTEN FONDS FÜR OSTBELGIEN

1 INTERREG Zusammenarbeit über Grenzen hinweg

Interreg gehört zu den bedeutendsten Programmen für Ostbelgien. Über die Programme Euregio Maas-Rhein und Großregion entstehen Projekte in den Bereichen Mobilität, Gesundheit, Bildung, Innovation, Umwelt oder Katastrophenschutz, etwa über die EMRIC-Partnerschaft.

2 EUROPÄISCHER SOZIALFONDS (ESF+) Projekte für soziale Zwecke in Ostbelgien.

Der ESF+ stärkt Beschäftigung, Qualifizierung und soziale Teilhabe, etwa durch Weiterbildungsprogramme, Unterstützung für Menschen mit schwierigem Zugang zum Arbeitsmarkt oder Projekte für Jugendliche. Vor allem das Jugendbüro, Kaleido und verschiedene Sozialbetriebe profitieren vom ESF+.



Wie viel europäisches Fördergeld fließt heute in unsere Region?

- 126 Mio. € für die Euregio Maas-Rhein
- 182 Mio. € für die Großregion
- ca. 10 Mio. € ESF+-Mittel für die DG

VERHANDLUNGSFÜHRER DES EU- PARLAMENTS FÜR MILLIARDEN- SCHWERE REGIONALPOLITIK

Vor diesem Hintergrund ist es eine sehr gute Nachricht, dass ich im Januar vom Europäischen Parlament zum Verhandlungsführer für das Interreg-Programm sowie für den gesamten Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Förderperiode 2028–2034 ernannt worden bin.

Diese Funktion ist eine Schlüsselrolle bei der Ausgestaltung der EU-Regionalpolitik und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa – zwei Politikbereiche, die für Grenzregionen wie Ostbelgien von zentraler Bedeutung sind. Projekte wie der RAVeL-Rad- und Wanderweg oder die Polizeizusammenarbeit EMROD zeigen, welchen konkreten Nutzen gut ausgestaltete EU-Förderprogramme für die Menschen vor Ort haben.

Als Verhandlungsführer werde ich künftig maßgeblich an den Regeln und Prioritäten mit, nach denen diese Mittel europaweit eingesetzt werden. Für die neue Förderperiode sieht die Europäische Kommission rund 452 Milliarden Euro für die Regionen vor. Über 10 Milliarden Euro sollen auf das Interreg-Programm entfallen.



SOZIALE SICHERHEIT UND BESCHÄFTIGUNG

HANDWERK ALS PLAN A

MEINE ARBEIT IM BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Seit 2024 bin ich Vollmitglied im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales (EMPL) des Europäischen Parlaments. Insbesondere für uns als Grenzregion geht es dort um Fragen, die unseren Alltag direkt berühren: Ausbildung, Arbeit, faire Bedingungen und die Zukunft unserer Unternehmen.

HANDWERK ALS PLAN A – DUALE AUSBILDUNG UND EUROPA

Mir ist wichtig, dass berufliche Ausbildungen in Europa stark bleiben – denn das Handwerk sorgt dafür, dass Europa auch in Zukunft die Dinge selbst herstellen kann, die es braucht. Gemeinsam mit unserem Bildungsminister Jérôme Franssen setze ich mich dafür ein, dass Handwerksberufe ein „Plan A“ bleiben.

Ostbelgien lebt von seiner mittelständischen Tradition – von Fachkräften, die anpacken, gestalten und etwas können. Seit Jahren stellen unsere Auszubildenden diese ostbelgische Handwerkstradition bei Berufsmeisterschaften wie den WorldSkills oder den Startech's Days unter Beweis. Derartige Initiativen unterstütze ich aktiv, da sie jungen Menschen vermitteln, wie attraktiv eine Karriere im Handwerk sein kann. Um diese Initiativen auch auf europäischer Ebene zu befördern, arbeite ich derzeit an der Organisation einer internationalen Konferenz zur Zukunft des Handwerks, die im EU-Parlament stattfinden wird.



Besuch der Handwerksmesse Startech's Days mit DG-Bildungsminister Jérôme Franssen am 18.11.2025.

ENTSENDUNGEN FÜR KLEINE UND MITTLERE BETRIEBE IN DER GRENZ- REGION EINFACHER MACHEN

Ein weiteres zentrales Thema ist der Abbau von Bürokratie und die Vereinfachung von Verfahren – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sowie die vielen Familienbetriebe, die unsere Region prägen.

Gerade in einer Grenzregion wie Ostbelgien arbeiten viele Menschen über die Landesgrenzen hinweg. Darum ist es für mich eine besondere Ehre, im Namen der Europäischen Volkspartei an einer einheitlichen digitalen Meldeplattform für die Entsendung von Arbeitnehmern mitarbeiten zu dürfen. Aktuell müssen Unternehmen bei der Entsendung für jedes EU-Land unterschiedliche Formulare in verschiedenen Sprachen ausfüllen. Künftig soll die Möglichkeit bestehen, dies über ein gemeinsames, einheitliches Standardformular zu erledigen.

KLARE REGELN GEGEN SOZIALDUMPING – AUCH BEI DER „PLATTFORMARBEIT“

Ostbelgien zeichnet sich durch hohe Sozialstandards und gute Arbeitsbedingungen aus. Leider ist das nicht überall in Europa garantiert. Damit unser gemeinsamer europäischer Binnenmarkt ein Vorteil und eine Stärke bleibt, müssen wir Betrug und kriminelle Praktiken auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen.

Besonders eklatant sind in diesem Zusammenhang die Arbeitsbedingungen bei großen Plattformunternehmen und Digitalkonzernen (Personenbeförderung, Paketzustellung, etc.). Denn solche „Plattformarbeit“ schafft oft unsichere Jobs und prekäre Arbeitsbedingungen für Beschäftigte. Zusammen mit meiner flämischen Kollegin Liesbet Sommen habe ich einen Studiennachmittag im EU-Parlament mit Gewerkschaften und Experten organisiert, um genau

diese Fragen zu diskutieren: Wie verhindern wir Ausbeutung bei Plattformarbeit? Wie stellen wir Wettbewerbsgerechtigkeit sicher?

Mein Anliegen ist klar: Europa darf nicht zulassen, dass einige wenige Konzerne Regeln umgehen und auf Kosten der Beschäftigten und des europäischen Mittelstands profitieren.



Gemeinsame Konferenz mit meiner flämischen Kollegin Liesbet Sommen und Gewerkschaftsvertretern zum Thema Plattformarbeit im Mai 2025.

MIGRATIONSPOLITIK

MEHR KONTROLLEN AN DEN EU-AUSSENGRENZEN



Seit der Migrationskrise 2015 ringen die EU-Mitgliedstaaten um eine Reform der europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Im Jahr 2024 wurde schließlich der neue EU-Migrations- und Asylpakt verabschiedet. Die Rechtsakte sind seit Juni 2024 in Kraft, werden aber erst ab Mitte 2026 praktisch angewendet.

EINE ÜBERSICHT DER WICHTIGSTEN MASSNAHMEN:

1 Einheitliche Verfahren an den EU-Außengrenzen

Mit der Screening-Verordnung wird jeder Drittstaatsangehörige bei der Einreise kontrolliert. Die Asylverfahrensverordnung sieht verbindliche Grenzverfahren vor, um rasch festzustellen, ob ein Asylantrag offensichtlich unbegründet oder unzulässig ist.

Ziel: schnellere Entscheidungen direkt an der Außengrenze und weniger langwierige Verfahren im Inland.

2 Klarere Regeln für „sichere Drittstaaten“ und unzulässige Anträge

Der Pakt enthält harmonisierte Kriterien, wann ein Staat als sicherer Drittstaat gilt. Damit kann ein Asylantrag als unzulässig abgelehnt werden, wenn eine Person in einem anderen sicheren Staat Schutz hätte. Auf eine EU-weite Liste sicherer Herkunftsländer einigten sich EU-Parlament und Mitgliedstaaten im Dezember 2025.

3 Eurodac: Schaffung einer zentralen Asyl- und Migrationsdatenbank

Die Eurodac-Verordnung erweitert die bisherige Fingerabdruckdatenbank zu einem umfassenden biometrischen Informationssystem. Die Datenbank erfasst künftig:

- alle Asylsuchenden,
- alle irregulär einreisenden Migranten,
- Personen, die aufgegriffen oder zurückgeführt werden.

Dadurch sollen Identitäten eindeutiger festgestellt und Mehrfachanträge verhindert werden.

4 Zuständigkeiten und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten

Die Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement (AMMR) ersetzt das bisherige Dublin-System. Sie legt neu fest, welcher Staat für einen Asylantrag verantwortlich ist, und enthält einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus.

Staaten, die stark belastet sind (z. B. an Außen- grenzen), erhalten Unterstützung durch Umverteilungen oder finanzielle Beiträge anderer Mitgliedstaaten.

5 Mindeststandards für Aufnahmebedingungen

Die Aufnahmerichtlinie wurde überarbeitet und vereinheitlicht die Standards in allen Mitgliedstaaten. Ziele sind u. a.:

- angemessene Lebensbedingungen für Asylsuchende,
- Zugang zu Integrationsangeboten,
- mehr Harmonisierung.



Fazit: Einheitliche Verfahren für ganz Europa

Der neue EU-Migrations- und Asylpakt markiert einen tiefgreifenden Wandel in der europäischen Asylpolitik. Er schafft erstmals ein weitgehend einheitliches Verfahren an den Außengrenzen und stärkt die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Der Erfolg des Pakts wird davon abhängen, ob die Staaten die beschlossenen Regeln konsequent anwenden und die geplanten Strukturen bis Juni 2026 effizient aufbauen.

6 Bekämpfung von Schleusernetzwerken und Förderung legaler Migration

Diese Maßnahmen gehören nicht direkt zum Migrations- und Asylpakt, sondern zur allgemeinen EU-Migrationspolitik.

- EU-Partnerschaften mit Drittstaaten und internationalen Organisationen zur Bekämpfung von Schleusern.
- Erweiterte Befugnisse für Europol, um grenzüberschreitende Netzwerke effektiver zu verfolgen.
- Der geplante EU-Talentpool und Fachkräftepartnerschaften sollen legale Wege für Fachkräfte erleichtern.

ENTWICKLUNG DER MONATLICHEN ASYLANTRÄGE IN DER EU (absolute Zahlen)



„Als Ostbelgier leben wir im Herzen Europas, umgeben von Grenzen, die unser Leben seit jeher prägen. Unser Leben in Frieden und Wohlstand hängt von vielen Faktoren ab, deren Fortbestand heute nicht mehr selbstverständlich ist. Dabei spielt die Europäische Union eine zentrale Rolle. Sie besitzt große Stärken, aber auch Schwächen.“

Nur wenn wir als Union selbstbewusster auftreten, wirtschaftlich stärker werden, unsere Abhängigkeit von wichtigen Rohstoffen und Produkten verringern und unsere Verteidigungsfähigkeit ausbauen, können wir uns in der Welt von heute – und vor allem von morgen – gegenüber anderen starken Wirtschaftsblöcken behaupten. Europa ist an Krisen stets gewachsen, und ich bin fest davon überzeugt, dass uns das auch diesmal gelingen wird.“



„BLICK INS EUROPÄISCHE PARLAMENT“ – DER MONATLICHE NEWSLETTER

Woran arbeiten wir im Europäischen Parlament? Welche Entscheidungen stehen an – und was bedeutet das konkret für unsere Region?

Mit meinem monatlichen Newsletter „Blick ins Europäische Parlament“ erhalten Sie einen verständlichen und kompakten Überblick über die wichtigsten Entwicklungen, Hintergrundinformationen und Einblicke in meine parlamentarische Arbeit.

Haben Sie Interesse, den Newsletter zu abonnieren? Schreiben Sie mir einfach eine kurze E-Mail an pascal.arimont@ep.europa.eu oder abonnieren Sie sich unter www.pascal-arimont.eu.

Ich freue mich, Sie künftig regelmäßig auf dem Laufenden zu halten!

IMPRESSUM

Verantwortlicher Herausgeber
Pascal Arimont
Gospertstraße 18-20
B-4700 Eupen

Besuchen Sie uns online
[Facebook](https://pascalarimont.official) [Instagram](https://pascalarimontmep) [Website](https://pascal-arimont.eu)

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60
ASP E153
B-1047 Bruxelles

Kontakt
+32 (0)2 284 57 78
pascal.arimont@ep.europa.eu

Grafik & Layout
Cloth Kreativbüro

 **FOREST STEWARDSHIP COUNCIL**
 **GRATIS-BROSCHÜRE**